

Sackgasse Liberalismus

Den Marktliberalen ein kohärentes marxistisches Projekt entgegenstellen

Helmut Dunkhase

Juli 2011

Der Liberalismus ist in der Partei DIE LINKE nach einigem Vorgeplänkel offenbar im Vormarsch. Vor vielen Jahren, 1996, machte Lothar Bisky schon einmal einen Vorstoß mit einem „Plädoyer für einen libertären Sozialismus“, das aber keine Konzeption enthielt, sondern im Wesentlichen von einem Sozialismus bestimmte Attribute wie Stärkung der Individual- und Bürgerrechte einforderte. Auch Klaus Lederer beschränkte sich in seiner Schrift „Links und libertär?“ auf das Sinnieren der Befindlichkeit der Individuen in „unserer postmodernen Welt“. Pech hatte Petra Pau mit ihrem Versuch, den Liberalismus als Wurzel für Engels, Marx und Luxemburg herauszulesen. Mariana Schauzu wies in der *jungen Welt* vom 15.5.2010 nach, dass sie sich etwas verlesen hatte.

Nun haben sich zu diesem Thema aber auch Autor(inn)en geäußert, die bisher eher zum linken Flügel gezählt wurden. Manfred Sohn überraschte in seinem Büchlein „Hat das System einen Fehler oder ist es der Fehler?“ nach einer marxistischen Analyse der gegenwärtigen Krisen mit der Konsequenz, in einer Neuauflage der sozial-liberalen „Freiburger Thesen“ (1971) den Ausweg zu suchen. Dabei versuchte er noch - allerdings um den Preis einer Verfälschung - an Lenins Gedanken zur NÖP anzudocken¹. Oskar Lafontaine sieht DIE LINKE sogar als legitimen Erben der „Freiburger Thesen“ an. In seinem „Tagesspiegel“-Artikel vom 4.6.2011 finden wir viele Gedanken wieder, die Sahra Wagenknecht in Buchform gebracht hat: „Freiheit statt Kapitalismus“.

Man kann Wagenknecht nicht nachsagen, dass sie sich auf Französisch vom Marxismus verabschiedet hätte. Geradezu demonstrativ vermeidet sie jeglichen Bezug zu Marx oder den untergegangenen Sozialismus (bei ihr das „osteuropäische Gesellschaftsmodell“) und gibt auch durch die konsequente Benutzung der Terminologie des VWL-Mainstreams zu erkennen, wo sie nun hingehört. Dafür bezahlt sie ehrlich ihren Preis.

Unzureichende Erklärungskraft

Zwar beschreibt sie faktenreich das parasitäre, faulende Stadium des Kapitalismus: sein Verlust von Innovation und Investitionsfähigkeit, die unproduktiven Investitio-

¹Näheres in einer Rezension dieses Buches von Helmut Dunkhase im *Berliner Anstoß*, April 2009

nen in die „Finanzindustrie“, die Ausplünderung öffentlichen Eigentums (sie spricht fälschlicher Weise vom geplünderten Staat). Auch wer wissen will, wie das mit der Riester-Rente so gelaufen ist, wird hier gut bedient. Doch die Erklärungsfähigkeit stößt an enge Grenzen.

Im Abschnitt „New Deal und Wirtschaftswunder“ (137f) beschreibt sie den Ablauf, der zur heutigen Situation führte. Nach dem Zweiten Weltkrieg eine lange Phase mit hohem Investitionsbedarf, steigenden Löhnen; dann Absorption der Nachfrage, wodurch „rentable Investitionsmöglichkeiten und mit ihnen die Profite“ schwanden und dadurch die „neoliberalen Konzepte“ auf den Plan traten.

An dieser Geschichte ist einiges nachzubessern. Wagenknecht erklärt die relativ hohen Löhne in der Nachkriegszeit mit dem diskreditierten Kapitalismus; richtiger wäre zu sagen, die Kapitalistenklasse war geschwächt, wodurch die Gewerkschaften eine stärkere Position hatten. Wesentlicher aber war die große Nachfrage nach Arbeitern; schon Anfang der 1960er Jahre kamen die ersten „Gastarbeiter“ in die BRD. Verstärkt wurde die Position der Gewerkschaften auch dadurch, dass die DDR als dritte Partei mit am Verhandlungstisch saß. Warum sollte die „Nachfragekurve abflachen“, da „in jedem Haushalt ein Fernseher und ein Kühlschrank und ... auch ein Automobil stand“? Die Frage beantwortet sich von selbst, wenn wir uns die heutigen Haushalte ansehen: Computer, Smartphones, Mikrowellenherd,... Nein, absorbiert waren die Arbeitskräfte, und damit kam ein wesentlicher Faktor in einer Gesetzmäßigkeit zum Tragen, die fundamental im Hintergrund der kapitalistischen Produktionsweise wirkt, das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate.

Der Verlauf der Profitratenentwicklung wird nämlich letztlich entscheidend bestimmt durch das Verhältnis von Wachstumsrate der Arbeiterpopulation zur Investitionsrate². Angenommen, die Population wachse konstant um 5% jährlich, dann wird sich bei vollständiger Investition des Profits (und einer Ausbeutungsrate von 100%) die Profitrate auf 5% einpendeln. Das heißt, um bei wachsender organischer Zusammensetzung des Kapitals die Profitrate zu halten, müssen jährlich 5% mehr Arbeiter ausgebeutet werden. Würde nur die Hälfte des Profits investiert, stiege die Profitrate auf 10%.

Jetzt wissen wir, warum das Kapital so reagiert hat, wie es reagiert hat. Mit der Absorption der Arbeitskräfte begannen die Profitraten zu sinken und erreichten in der BRD Anfang der 1980er Jahre ihren Tiefpunkt. So verlor das Kapital die Lust an der Akkumulation und investierte lieber in die „Finanzindustrie“. Die Position der Arbeiterklasse hier konnte entscheidend geschwächt werden durch die Möglichkeit, das riesige Arbeitskräftepotenzial in Ostasien, nach der Konterrevolution dann auch in Osteuropa, nutzen zu können. Und hier liegt denn auch der Schlüssel für die Erklärung der Deindustrialisierung, die Wagenknecht zu Recht beklagt. Ihre Erläuterungen dazu wirken ziemlich hilflos. Einmal bringt sie die Deindustrialisierung ohne weitere Begründung mit dem Rückzug des Staates in Verbindung (297); ein anderes Mal (140) führt sie die Deindustrialisierung „vor allem“ auf eine ungenügende Investitionstätigkeit zurück - so wie die Armut von der Poverty kommt. Und wenn sie als Hintergrund auch „die schrumpfenden Konsummöglichkeiten der großen Mehrheit der Menschen und die

²Die Wirkungen von Arbeitsproduktivität und Kapitalentwertung lassen wir hier außer Betracht. Genaueres hierzu in: Helmut Dunkhase, *Zur Profitatendiskussion in den MB*, Marxistische Blätter 1-11, vollständig auf www.helmutdunkhase.de

damit sinkende Auslastung der Kapazitäten in den Industrien, die Gebrauchsgüter ... herstellen“ sieht, verwechselt sie zum einen Ursache und Wirkung und zum andern ist zu fragen, wo denn all die schönen Dinge, die heute (immer noch) in den Haushalten stehen, herkommen. Nur ein eurozentristischer Blick kann zu solchem Urteil kommen. Die Deindustrialisierungstendenzen hier sind nur die Kehrseite der Medaille, deren andere Seite in der Tatsache besteht, dass die Fabrik des Weltkapitalismus heute in China steht.

Untaugliche Rezepte

Für Wagenknecht ist es die pure Größe der Betriebe, die das Unheil bringt (135). Der Markt werde durch Wirtschaftsmacht verzerrt; die Wahrscheinlichkeit, die Profite zu investieren, werde kleiner; mit zunehmender Größe werde aus dem ursprünglich innovativen Unternehmer, der sich kreativ für seine Idee einsetzt, der Verwalter abstrakten Kapitals, den nur noch die Rendite interessiert.

In Rückgriff auf ordoliberalen Ideen sieht Wagenknecht deshalb als zentrale politische Aufgabe die Beschränkung wirtschaftlicher Macht einzelner Unternehmen an, weil sie Demokratie und Markt zerstören würden. Damit der Markt „offen“ gehalten werden kann, bedürfe der freie Markt wie überhaupt die wirtschaftliche und politische Ordnung der Steuerung und Lenkung. Nur so könne die Verbindung von Eigentum und produktiver Tätigkeit (wieder) hergestellt werden und „Freiheit und Verantwortung“ des Unternehmers (die die persönliche Haftung mit einschließt) verwirklicht werden.

Als praktische Maßnahmen schlägt sie vor: 1. Bereiche der Daseinsvorsorge und Banken gehören in öffentliche Hand. 2. Verstaatlichung großer Betriebe. Zur Debatte stehen für sie dabei nicht die „historischen Probleme des osteuropäischen Wirtschaftsmodells“, sondern die „Performance von Unternehmen im Marktumfeld“ (279). 3. Überführung kleinerer Betriebe in „Mitarbeitergesellschaften“ nach Ideen des ehemaligen Protagonisten des „Prager Frühlings“, Ota Šik³ (was natürlich nicht das Geringste daran ändert, dass sich ihre Kapitale wie private Kapitale bewegen). - Dies ist übrigens Wagenknechts kreativer Sozialismus.

Das klingt alles ein bisschen nach Heimweh und ist es wohl auch; denn sie macht ihre Vorschläge, „damit wir in Zukunft wieder in einem demokratischen Gemeinwesen leben können“ (320). „Wieder“ - das Reich des Guten hat es demnach schon einmal gegeben.

Das Zurückdrehen einer verhängnisvollen Entwicklung könnte man als Lösung der Probleme in Erwägung ziehen, wenn subjektive Fehlentscheidungen zu ihrem Resultat geführt hätten. Nun können sicherlich politische Entscheidungen und Einflussnahmen den Gang der ökonomischen Entwicklung erheblich beeinflussen. Gerade heute in der zugespitzten Situation sind alternative Entscheidungen möglich, und Wagenknecht hat eine Reihe vernünftiger Vorschläge dazu gemacht. Aber solange die kapitalistische Produktionsweise die Geschäftsgrundlage des Handelns ist - und etwas anderes steht hier nicht zur Debatte -, sind die Akteure auch ihren Gesetzmäßigkeiten unterworfen.

Dazu gehört der Expansionszwang des Kapitals. Gerade auch in den von Wagenknecht so sehr herbei gewünschten „offenen Märkten“ können Unternehmen in der

³Georg Fülberth hat in seiner Rezension zu Wagenknechts Buch in der jungen Welt vom 28.5.2011 erläutert, wie die funktionieren sollen.

Konkurrenzsituation nicht existieren, ohne fortlaufend zu investieren. Im liberalen Gesellschaftsmodell würde sich dann fortlaufend die Frage stellen, wann ein Unternehmen eine Größe erreicht hat, dass es reif für die Verstaatlichung ist. Auf dem Boden der kapitalistischen Marktwirtschaft die Macht der Großbetriebe neutralisieren zu wollen gleicht einer Donquichoterie und die Bewältigung dieser Aufgabe würde beträchtliche Ressourcen verschlingen.

Erst recht nicht wird es zu den von Wagenknecht erwarteten Wohltaten der „offenen Märkte“ kommen. Wenn sie frohlockt: „Die angepeilten Profite werden in einer solchen Situation (der offenen Märkte, HD) vorwiegend reinvestiert und halten dadurch das hohe Investitionsniveau ebenso aufrecht wie dieses Profitniveau.“ (134), so missachtet sie aus oben genannten Gründen das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate. Es würde nur der Prozess von Neuem beginnen, den wir bei uns in den Nachkriegsjahren beobachtet haben - nur schneller, weil das Arbeitskräftereservoir hierzulande sehr beschränkt ist.

„Offene Märkte“ sind auch kein Heilmittel gegen die von Wagenknecht zu Recht geißelte „extreme Ungleichheit, die der Kapitalismus hervorbringt“ (352). Zwar stellt sie richtiger Weise fest, dass Märkte nur bei einigermaßen ausgeglichener Einkommensverteilung reale Bedarfsverhältnisse reflektieren (352). Nur scheint jeglicher Tauschwirtschaft eine Tendenz zur ungleichen Verteilung des Geldes inhärent zu sein. Stellen wir uns eine Tauschwirtschaft mit N Akteuren und einer festen Geldmenge G vor und stellen folgende Regel auf: Nimm einen zufällig ausgewählten Käufer i und einen zufällig ausgewählten Verkäufer j und nimm ferner einen zufällig ausgewählten Betrag aus dem Intervall $[0; g_i]$, wobei g_i die dem Käufer i gehörende Geldsumme ist. Ziehe diesen Betrag beim Käufer i ab und addiere ihn beim Verkäufer j . Lässt man dieses Modell auf dem Computer laufen, ergibt sich im Laufe der Zeit nicht, wie man vielleicht vermuten könnte, eine gleichmäßigen Verteilung, sondern eine Verteilung, die ungefähr der Verteilung des Reichtums in den klassischen kapitalistischen Hauptländern entspricht: Viel für wenige, wenig für viele⁴. Mehr noch: Es handelt sich um eine Verteilung, wie sie auch der Energieverteilung in einem idealen Gas entspricht. Es sieht also so aus, als wenn Geld in einer Marktwirtschaft dieselbe Rolle spielt wie Energie in der Physik und damit einem universellen Gesetz unterliegt. Wenn das so ist, kann man ihm auch nicht durch Willensbekundungen entkommen.

Geschichtsphilosophische Blindheit

Aber es soll hier weniger um immanente Widersprüche als um eine konzeptionelle Kritik gehen. Überlegungen zu einer Gesellschaftskonzeption, die sich auf eine auf den VWL-Mainstream reduzierte Theorie gründen, fallen weit hinter die Klassiker zurück. Ricardo beginnt seine „Grundsätze“ mit der Feststellung: „Die Produkte der Erde ... werden unter drei Klassen der Gesellschaft verteilt, nämlich die Eigentümer des Bodens, die Eigentümer des Vermögens oder des Kapitals, das zu seiner Bebauung notwendig ist, und die Arbeiter, durch deren Tätigkeit er bebaut wird. [...] Das

⁴Adrian Dragulescu & Viktor M. Yakovenko, *Statistical mechanics of Money*, <http://arxiv.org/abs/cond-mat/0001432>

Hauptproblem der Politischen Ökonomie besteht in dem Auffinden jener Gesetze, welche diese Verteilung bestimmen.“ Als Marx sich daran machte, „die ökonomischen Lebensbedingungen der drei großen Klassen, worin die moderne Gesellschaft zerfällt“ zu untersuchen, kam er zum berühmten „allgemeinen Resultat“, das „meinen Studien zum Leitfaden diene ...: In der gesellschaftlichen Produktion des Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen“ (MEW 13, 7-8). Und die Untersuchung der kapitalistischen Produktionsweise führte ihn zu dem Schluss, dass diese, mit dem von ihr hervorgebrachten Proletariat als materiellem Träger ihre eigene Negation erzeugt. Der Punkt der „höchsten Entwicklung der kapitalistischen Produktion“, der ein „notwendiger Durchgangspunkt zur Rückverwandlung des Kapitals in Eigentum der Produzenten, nun aber als unmittelbares Gesellschaftseigentum“ ist (MEW 25, 453), ist längst erreicht. Mit der Oktoberrevolution wurde versucht, mit der Befreiung der Arbeiterklasse von der Unterwerfung unter die blinden Kräfte des Marktes zu einer neuen Stufe der Emanzipation der Menschheit zu schreiten, der planenden Gestaltung des Lebens, zunehmend „aus eigenen Stücken“. Es ist Sache der Kommunisten, in diesem Prozess als „Hebammen der Geschichte“ zu wirken.

Man muss solche Schlussfolgerung nicht richtig finden. Doch zeugt es von geschichtsphilosophischer Blindheit gegenüber der epochalen Bedeutung der Oktoberrevolution, wenn Wagenknecht den alten Sozialismus mit dem Wort „gescheitert“ (319) abtut und ins Geschichtsbuch verweist. (Mit demselben Recht, mit dem sie fragt, ob an dem gegenwärtigen System, „das nicht mehr auf menschenwürdige Weise funktioniert“ (319) nicht doch etwas zu retten ist, hätte sie auch fragen können, ob die Mängel des untergegangenen Sozialismus notwendiger Weise jedem Sozialismus anhaften müssen.)

Andere Traditionslinie

Jener Liberalismus, dem sich nun Wagenknecht und Sohn zuwenden, gehört einer anderen Traditionslinie als der Kommunismus an. Bei Domenico Losurdo lässt sich nachlesen, inwiefern sich beim „Kampf um die Geschichte“ die westlichen Demokratien auf die Linie 1688 (Glorious Revolution) - 1776 (amerikanische Revolution) zurückführen lassen, der die „universalistische“ Linie 1789 - 1917 gegenübersteht⁵. Liberale Demokratievorstellungen waren von Anfang an von einer „Herrenvolkdemokratie“ (Losurdo) geprägt. Der von Wagenknecht (zu Recht) als großer Philosoph gerühmte John Locke, der vielen als Vater des Liberalismus gilt, war nicht nur Aktionär der Royal African Company für Sklavenhandel, sondern befürwortete auch die Landnahme der weißen Siedler in Amerika⁶. Liberale Gesellschaftsvorstellungen sind insofern in einem „vorwissenschaftlichen“ Stadium stecken geblieben, als es für sie das (bürgerliche) Individuum - in seiner prominentesten Ausprägung der einzelne, unternehmerische Kapitalist - ist, das die Gesellschaft bewegt. Wenn moderne (Ordo-)Liberale sich den Kopf über

⁵Domenico Losurdo, *Kampf um die Geschichte*, PapyRossa 2007

⁶Domenico Losurdo, *Freiheit als Privileg. Eine Gegengeschichte des Liberalismus*, S. 35-36, PapyRossa 2010

die Beschränkung von Macht zerbrechen, so ist der Doppelsinn zu beachten, der darin liegt, dass es nicht nur um die Beschneidung individueller Macht, sondern auch um die Beschränkung der Macht derjenigen, die nicht zur „Gemeinschaft der Freien“ (Losurdo) gehören, geht. Wenn Liberale „alle“ sagen, meinen sie nicht unbedingt alle. Das galt für die Unabhängigkeitserklärung von 1776, die allen Anspruch auf Glück versicherte und mit der größten Selbstverständlichkeit Sklavenhaltung zuließ, wie für die Aussage „Der Betrieb sind wir alle“ aus den „Freiburger Thesen“, die nichts an der Existenz der Eigentumslosen nebst den sozialen Konsequenzen ändert.

Sicherlich gibt es unter den Marktliberalen eine große Bandbreite von Meinungen. Das zeigte sich schon bald in der Mont Pèlerin Gesellschaft⁷, die so genannte Marktradikale wie Friedrich von Hayek mit Ordoliberalen wie Eucken vereinte. Es ist keineswegs so, dass nur die Ordoliberalen einen Ordnungsstaat vertreten, sie unterscheiden sich nur im „Wie“ der Ordnung. Wagenknecht beklagt die Verwüstungen durch die Marktradikalen und stimmt mit den Ordoliberalen im Loblied auf die offenen Märkte und die Beschneidung der Wirtschaftsmacht großer Unternehmen überein; Wagenknecht durch Überführung in Staatseigentum (was übrigens Eucken keineswegs ausschließt⁸, die Ordoliberalen mehr durch andere Formen der „Wettbewerbsordnung“. Was alle eint, ist das Streben nach Reinheit der Märkte - und die antisozialistische Stoßrichtung. Ihre Streitereien sind Streitereien von Brüdern oder Schwestern im Geiste. Wagenknecht scheint das auch so zu sehen, wenn sie im Vorwort den „philosophischen Grundlagen einer freien Gesellschaft“, wie sie Hayek versteht, bescheinigt, nichts an Aktualität verloren zu haben.

Auf Hayeks „philosophische Grundlagen“ kann hier nicht genauer eingegangen werden. Erkenntnistheoretisch ist für unser Belang von Bedeutung, dass er eine subjektivistische Philosophie mit einer strengen Dichotomie von Natur- und Sozialwissenschaften verfiert. Sozialwissenschaften hätten es nicht, wie die Naturwissenschaften, mit „objektiven Fakten“ zu tun, sondern, soweit „menschliche Aktionen betroffen sind, sind die Dinge das, was die handelnden Menschen denken, was sie sind“.⁹ Seine Gesellschaftskonzeption ist anti-aufklärerisch („Der Mensch ist und wird niemals der Herr seines Schicksals sein.“), schließt eine Polemik gegen den Begriff „soziale Gerechtigkeit“ und ein mit anti-totalitärem Pathos vorgetragenes Plädoyer für einen „autoritären, in seinen Machtbefugnissen nahezu uneingeschränkten Ordnungsstaat“ ein.¹⁰ Seine Vorstellungen konnte er das erste Mal in Chile unter der Militärdiktatur Pinochets, mit dem er sich regelmäßig traf, umsetzen.

Kritik an der Planwirtschaft

„Wer Plan und Markt einander entgegensetzt, hat ohnehin wenig von wirtschaftlichen Prozessen verstanden“, verkündet Wagenknecht (351). Ein kühnes Wort! Kommen wir

⁷siehe Georg Fülberth, a.a.O.

⁸Walter Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, S. 168, Rowohlt Hamburg 1959

⁹Friedrich von Hayek, *The Counter-Revolution of Science*, p. 26-27, www.archive.org/details/counterrevolutio030197mbp

¹⁰Jan Rehmann, *Einführung in die Ideologietheorie*, mit einer guten Zusammenfassung S. 169ff, hier S. 186

zur Sache.

Die meisten Menschen würden wahrscheinlich zustimmen, dass es eine feine Sache wäre, wenn sich eine Volkswirtschaft so steuern und entwickeln ließe, dass von vornherein, d.h. durch einen Plan dafür gesorgt werden könnte, jedes Produktionselement, jede arbeitende Hand oder jeden arbeitenden Kopf und jedes Gebrauchsgut zur rechten Zeit am rechten Ort zu haben. Wenn. Die einen glauben nicht daran; andere sind aus verständlichen Gründen dagegen, weil sie durch die durch den Plan vorausgesetzte andere Eigentumsordnung bisherige Vorteile verlieren würden, und dann gibt es die in der Regel gut bezahlten Apologeten, die uns erklären, warum Planwirtschaft nicht geht.

Ludwig Mises legte 1920 in seinem Artikel „Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen“ Einwände gegen eine sozialistische Planwirtschaft dar, die praktisch bis heute den Klassenkampf auf dem Feld der Theorie bestimmen. Mises war sich der politischen Funktion, den Vormarsch des Sozialismus abzuwehren, wohl bewusst („In einer Zeit, da wir uns dem Sozialismus immer mehr und mehr nähern...“). Dabei hatte er nicht nur die Oktoberrevolution im Sinn, sondern wählte auch in Deutschland, Ungarn und Österreich sozialistische Parteien an der Macht.

Er behauptete, nur in einer Marktwirtschaft mit Geldpreisen ließe sich ökonomische Rationalität herstellen. Was über vage Schätzungen hinaus genauere Berechnungen bedarf, komme ohne Arithmetik, d.h. die Rückführbarkeit auf eine Einheit nicht aus. Die Arbeitswerttheorie, die er als einzig möglichen sonstigen Kandidaten ansah, könne dies nicht leisten, weil sie zum einen die Heterogenität der Arbeit, zum andern die in den Materialien geronnene Arbeit nicht erfassen könne. Deswegen käme nur die Tauschwert-Rechnung in Frage. Ohne Rückführung auf Geld ließen sich auch nicht rationale Entscheidungen über verschiedene Varianten, z.B. beim Bau einer Eisenbahnstrecke, finden. Schließlich sieht Mises in der sozialistischen Gemeinwirtschaft Initiative und Verantwortungslosigkeit flöten gehen, denn: „Mit der Ausschaltung der materiellen Interessen Privater verschwindet die bewegende Kraft.“

Von nicht zu unterschätzender Wirkung war auch (und ist) die von Hayek vorgetragene Kritik an einer zentralen Planwirtschaft. Ein großer Teil der in Wirtschaftsprozessen zu verarbeitenden Informationen sei nicht „objektiv“ gegeben, sondern als in den Köpfen der Individuen verstreutes Wissen vorhanden. Zugänglich könne dieses Wissen nur dezentralisiert über die Reflexion der einzelnen Vorgänge in den Preisen gemacht werden. Beispiel:¹¹ Angenommen, eine Ressource für Zinn ist verschwunden. Alles, was die Zinnverbraucher wissen müssen, ist, dass ein Teil des bisher von ihnen verbrauchten Zinn nun profitabler anderswo verwendet wird und sie somit sparsamer mit Zinn umgehen müssen. Die dadurch (von einigen) ausgelösten Aktivitäten (Suchen nach anderen Quellen, Einstellen auf die neue Nachfrage, usw.) verbreiten sich schnell durch das ökonomische System und wirken sich letztlich auf alle Dinge aus, in denen Zinn oder ihre Substitute vorkommen. Die Kommunikation von Individuen, die jedes für sich nur einen sehr beschränkten Überblick haben, mündet in die Lösung: ein einziger Preis. In diesem Sinn sieht Hayek das Preissystem als eine Art

¹¹Friedrich Hayek, *The Use of Knowledge in Society*, p. 5-6,
www.econlib.org/library/Essays/hykKnw1.html

Telekommunikationssystem an.

Ich sehe keinen dieser Kritikpunkte, dem Wagenknecht widerspricht oder wahrscheinlich widersprechen würde. Einzig in der Frage der Innovationsfähigkeit äußert sie sich unklar. Sie würdigt Entdeckungen und Erfindungen in öffentlichen Einrichtungen (298/9), und auch Anreiz und Motivation müssten ihrer Ansicht nach in öffentlichen Unternehmen nicht geringer sein als in privaten, bemängelt aber auch, dass der Staat Innovationen von Unternehmen Knüppel zwischen die Beine wirft (334). Auf ein und derselben Seite (333) zitiert sie einerseits einen Ökonomen mit der Aussage, dass für eine „funktionierende“ Konkurrenzwirtschaft die Eigentumsform egal sei, und andererseits, dass die Wahrscheinlichkeit vernünftigen Wirtschaftens in öffentlichen Unternehmen ... deutlich höher als in privaten ist - was auch immer „vernünftiges Wirtschaften“ heißen mag. Jedenfalls bleibt unklar, warum für das, was sie „kreativen Sozialismus“ nennt, der Markt unbedingt nötig ist. Ich komme auf die Innovationsfrage zurück.

... und Gegenargumente

Es können heute gute Gründe für die Zurückweisung der von der liberalen Schule vorgetragenen Einwände angeführt werden.

Ökonomische Rationalität Mises Behauptung, in einer Naturalwirtschaft könnten keine rational begründeten optimalen Entscheidungen getroffen werden, ist schon 1939 durch die Arbeiten von Leonid Kantorowitsch widerlegt worden. Ausgehend von Untersuchungen zur optimalen Ausnutzung verschiedener Maschinentypen in einer Holzfabrik, entwickelte er eine Methode, mit der die beste Ausnutzung von Ressourcen, die günstigste Ausnutzung von Transportnetzen, u.a. ohne Rückgriff auf Preise bestimmt werden kann. Das war die Geburtsstunde eines neuen Zweigs der Mathematik, der Linearen Optimierung.¹²

Dass das Problem der Heterogenität der Arbeit durchaus im Rahmen der Arbeitswerttheorie gelöst werden kann, hat bereits Schumpeter, der aus anderen Gründen die Arbeitswerttheorie ablehnte, zugestanden.¹³ Die in der Ausbildung einer qualifizierten Arbeitskraft geronnene Arbeitszeit ließe sich abschätzen, indem man die Arbeitszeiten der Qualifikateure in ihren unterschiedlichen Qualifikationsstufen auflistet. Diese geronnene Arbeitszeit wird dann im Produktionsprozess nach und nach auf die Produkte übertragen, wie bei einer Maschine.¹⁴

Komplexität Um die in den einzelnen Gütern enthaltenen Arbeitszeiten zu berechnen, genügt es, die direkten Arbeitszeiten in allen Produktionsstätten zu kennen. Das wissen wir seit Wassily Leontiefs Input-Output-Analyse, deren Ursprünge bis in die Vorbereitungen für den ersten Fünfjahrplan der Sowjetunion herabreichen. Es lässt

¹²Die legendären Vorlesungen 1939 an der Leningrader Staatsuniversität sind auf Englisch online abrufbar unter www.jstor.org/stable/2627082

¹³Joseph Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, S. 47 Fußnote, Francke München 1950

¹⁴In Cockshott & Cottrell, *Alternativen aus dem Rechner*, S.66-67, PapyRossa 2006 ist ein Beispiel durchgerechnet.

sich also ohne Markt und Geld eine ökonomische Rationalität auf der Basis der Arbeitszeitrechnung herstellen.

Computertechnik und Rechenverfahren sind heute so weit entwickelt, dass ein disaggregierter Plan für eine gesamte Volkswirtschaft in wenigen Minuten berechnet werden kann.

Innovationsfähigkeit Wie steht es um die Innovationsfähigkeit? Wenn ich morgens meinen Linux-Rechner hochfahre, werden mehrmals in der Woche Aktualisierungen und Verbesserungen angeboten, die ich mit einem Handgriff in meine Distribution übernehmen kann - oder auch nicht. Linux ist im gewissen Sinne ein Produkt in antizipierter kommunistischer Produktionsweise. Das ist möglich, weil es als Softwareprodukt keine nennenswerten materiellen Ressourcen verschlingt. Dieses hoch komplexe Produkt entstand und entwickelt sich weiter in kooperativer Arbeit weltweit vernetzter Arbeitsgruppen, wobei die Potenziale des Internet als globales Kommunikationsmittel dienen. Alle arbeiten unentgeltlich und dennoch ehrgeizig, und einen Wettbewerb gibt es auch: den um die beste Desktop-Umgebung. „Gnome oder KDE?“ ist hier die Frage. Linux hat Microsoft schon das Fürchten gelernt, nicht nur wegen seiner Qualität, sondern auch wegen seiner Arbeitsweise. Vor einigen Jahren fiel bei Microsoft die bisherige Schranke, dass die einzelnen Arbeitsgruppen ihre Codes geheim halten mussten. Sie mussten einsehen, dass das die Entwicklung hemmt. Linux gehört zu den Open-Source-Produkten, d.h. Produkten mit offen gelegtem Quellcode. Einiges ließe sich sogar auf die materielle Produktion übertragen. Denkbar sind z. B. Foren und Wikis, in denen Erfahrungen, Tricks und neue Ideen für Produktionsprozesse wie Produkte ausgetauscht werden können. Allein dieses Beispiel lässt ahnen, welche Produktivkraft durch die kommunistische Produktionsweise freigesetzt werden kann.

In der Literatur wird zwischen Prozess- und Produktinnovation unterschieden. Zudem wäre es sinnvoll, drei Aspekte zu unterscheiden: Erzeugt das System starke Anreize für Innovation? Stellt das System genügend Mittel für Innovation zur Verfügung? Erzeugt das System hinreichende Mechanismen für die Umsetzung in die Verbesserung der Wohlfahrt?¹⁵ Nach den Erfahrungen mit der Sowjetunion könnte der dritte Punkt der wichtigste sein: Die Sowjetunion hatte gut ausgestattete Forschungs- und Entwicklungsinstitute, die teilweise auch in den Betrieben angesiedelt waren. Der Schwachpunkt lag in der Umsetzung der Innovationen in den Betrieben. Die wichtigsten Gründe dafür waren: eine schlecht funktionierende Versorgung mit notwendigen Materialien, übermäßige Schwerpunktlegung auf Militär und Raumfahrt bei gleichzeitiger nahezu vollständiger Abschottung von den Zivilbereichen, das Fehlen paralleler Produktionslinien. Auch hier zeigt sich: Es sind Mängel, die nicht jedem Sozialismus anhaften müssen.

Informationsflüsse Hayeks subjektivistisches Verständnis von Information, demzufolge Wissen etwas ist, was sich in den Köpfen der Menschen befindet, ist vorwissenschaftlich. Ökonomische Beziehungen gingen schon immer mit objektivierter In-

¹⁵David M. Kotz, *Socialism and Innovation*,
people.umass.edu/dmkotz/Soc_and_Innovation_long_00.pdf

formation einher, seien es Verträge, Schuldstöße oder mit dem Abakus unterstützte Rechengänge. Heute sind verstreute Informationen in Datenbanken speicherbar und für jeden zugreifbar. Natürlich kann kein einzelner Mensch Projekte wie das für den A 380 Airbus überblicken; dennoch ist durch Informationsspeicherung und Produktkodierungstechniken unabhängig von den Köpfen der Menschen der Weg jeder Schraube zurück zu verfolgen.

Hayeks Auffassung des Preissystems als ein Telekommunikationssystem ist in Ordnung. Doch ergibt sich, wenn man den Preisbildungsprozess als einen Algorithmus formuliert und mit den erforderlichen Schritten bei einer Planwirtschaft vergleicht, dass beim Markt mehr Informationsflüsse nötig sind als beim Plan.¹⁶ Planwirtschaft erweist sich auch hier als effektiver als der Markt.

Klassenkampf auf dem Feld der Theorie

Ludwig Mises' Schrift „Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen“ war direkt gegen die Oktoberrevolution gerichtet. Sein Schüler Friedrich Hayek setzte im beginnenden Kalten Krieg alles daran, alle defaitistischen Tendenzen im eigenen Lager zu bekämpfen und dem „totalitären“ Sozialismus eine liberale Gesellschaftskonzeption entgegen zu stellen und zur Dominanz zu verhelfen. Er schien Anlass dafür zu haben, denn, so Hayek: „Die Lage ist sogar noch schlimmer, als es das bloße Fehlen eines Programms bedeuten würde; denn in Wirklichkeit unterstützen fast überall die Gruppen, die behaupten dem Sozialismus entgegen zu treten, zur selben Zeit eine Politik, die, bei Verallgemeinerung der ihr zugrunde liegenden Prinzipien, nicht weniger zum Sozialismus führen würden als die erklärte sozialistische Politik.“¹⁷ Die ordoliberalen Vorstellungen von Walter Eucken hatten die politische Funktion, die planwirtschaftlich gefärbte Ordnung der Nachkriegsjahre abzulösen. Das war bekanntlich eine Zeit, wo selbst die CDU vom Sozialismus sprach. Es war also kein Zufall, dass Eucken Gründungsmitglied der von Hayek ins Leben gerufene Mont Pèlerin Gesellschaft war. Wagenknechts Favorit Ota Šik antwortete 1990 auf den Vorwurf, mit dem „Dritten Weg“ „ein zum Leben untaugliches Hybrid der geplanten Marktwirtschaft“ eingeschlagen zu haben: „Schon damals war ich davon überzeugt, dass die einzige Lösung für uns ein vollblutiger Markt kapitalistischer Art ist. Und heute, nachdem ich zwanzig Jahre im Westen gelebt habe, zweifle ich nicht im Geringsten daran.“¹⁸

Für alle, die den Kapitalismus vom Hals haben wollen, bleibt die Aufgabe unserer Zeit, den Marktliberalen ein moralisch und philosophisch kohärentes marxistisches Projekt entgegenzusetzen. Wer sein Heil in anachronistischen Marktkonzepten sucht, irrt nicht nur sachlich, sondern setzt nur, ob gewollt oder nicht, die unselige liberale Tradition fort, wirklichen Fortschritt, den Übergang zum Kommunismus verhindern zu wollen.

¹⁶Paul Cockshott, Allin Cottrell, Gregory Michaelson, Ian Wright, Victor Yakovenko, *Classical Econophysics*, p. 321ff.

¹⁷Friedrich Hayek, *Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung*, S. 121, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen, 2003

¹⁸grenzlos.info/sik.htm